



Dr. Axel Troost, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An

**Berlin**

Deutscher Bundestag – Jakob-Kaiser-Haus  
Haus Süd, Raum 3.849  
Wilhelmstr. 68 A  
11011 Berlin  
Telefon (030) 227 – 71 286  
Fax (030) 227 – 76 286  
Mobil (0172) 3 91 00 95  
E-Mail axel.troost@bundestag.de  
Web www.axel-troost.de

Berlin, 10.05.2011

Sehr geehrte Frau,  
sehr geehrter Herr

vielen Dank für Ihren Brief vom 22.3. Ich bitte um Verzeihung, dass ich Ihnen erst jetzt beantworte.

Sie haben Ihre Position sehr deutlich gemacht. Ich will Ihnen sehr deutlich entgegenkommen. Unsere Fraktion und ich haben eine andere Position.

Ich möchte aber zunächst darauf hinweisen, dass die Formulierung in Ihrem Brief nicht ganz richtig ist. Sie sprechen von „Zahlungen Deutschlands an überschuldete Euro-Länder“ und dass „wir die Schulden der Euro-Staaten, die sich selbst verschuldet haben, auch noch auf uns nehmen“.

Tatsächlich ist die Auszahlung eines Kredits eine Zahlung, aber in Ihrer Formulierung klingt es so, als würde die Bundesrepublik Geld an andere Euro-Länder überweisen, dass nicht zur Rückzahlung bestimmt ist. Das stimmt natürlich nicht, denn es handelt sich um Kredite, nicht um geschenktes Geld („Zuschüsse“). Angesichts der dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Situation in Griechenland wird allerdings von nicht wenigen bezweifelt, ob die Kredite der Bundesrepublik an den Staat Griechenland in der Zukunft in voller Höhe zurückgezahlt werden. Selbst wenn Griechenland diese Kredite nicht in voller Höhe zurückzahlen können sollte, so ist dies keineswegs gleichbedeutend damit, dass „wir“ die Auslandsschulden Griechenlands oder anderer EU-Länder übernehmen.

Als Fraktion sehen wir aber noch einen anderen Aspekt als wichtig an: Es gibt in z.B. Griechenland zweifellos gravierende Missstände. Die Steuerverwaltung ist zu nachlässig, die Statistiken wurden geschönt und mit öffentlichem Geld ist nicht hinreichend sorgsam umgegangen worden. In Irland hat die Regierung verantwortungslos ein „Zombie“-Bankensystem entstehen lassen (was im übrigen auch für die deutsche Bundesregierung gilt). In beiden Ländern wurden Unternehmen, Reiche und Superreiche kaum steuerlich zur Kasse gebeten. All das muss sich ändern, aber: Irland, Griechenland oder Portugal trifft nur einen Teil der Schuld. Es ist eben keine Griechenland-, Irland- oder Portugalkrise, sondern es ist eine Krise des EURO, weil sich die Ausgestaltung der europäischen Währungsunion insgesamt als fehlerhaft erwiesen hat. Nicht zuletzt auf Druck der deutschen Bundesregierung, damals un-

**Bürgerbüro Borna:**

Markt 6, 04552 Borna, Telefon (03433) 855 855, Fax (03433) 855 856, E-Mail: axel.troost@wk.bundestag.de

**Bürgerbüro Torgau:**

Schloßstr. 12, 04860 Torgau, Telefon (03421) 776 365, Fax (03421) 776 272, E-Mail: axel.troost@wk2.bundestag.de

ter Kohl/Waigel, ist der EURO falsch konzipiert worden. In der EWU fehlt ein Mechanismus, der in einer gemeinsamen Währungsunion auch für ein Mindestmaß an gemeinsamer politischer Koordination in Fragen von Wirtschaft und Finanzen sorgt. Ohne eine solche Koordination ist aber jede Währungsunion längerfristig zum Scheitern verurteilt.

Gerade die Wirtschaftspolitik Deutschlands hat einen gravierenden Anteil an der Krise der EURO-Zone, denn die Bundesregierung hat durch das Drücken des Lohnniveaus und die Absenkung sozialer Leistungen eine extrem aggressive Exportstrategie gegenüber den anderen europäischen Ländern verfolgt. Deutschland hat seit Einführung des EURO die niedrigsten Lohnzuwächse in der EU und hat das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von 2 Prozent verletzt, indem die Lohnzuwächse regelmäßig unter 2 Prozent verblieben. Wenn ein Land ständig Exportüberschüsse erwirtschaftet, zwingt es andere Länder unausweichlich in die Position von Importüberschüssen. Importüberschüsse bedeuten aber nichts anderes, als immer mehr Schulden gegenüber dem Ausland anzuhäufen. So haben z.B. deutsche Rüstungsfirmen mit tatkräftiger Unterstützung der Bundesregierung jahrelang sehr gutes Geld an der gleichzeitigen Hochrüstung der Erzrivalen Griechenland und Türkei verdient.

Wir haben die Konstruktionsfehler der Währungsunion in dem beiliegenden Papier näher ausgeführt. Daraus sollte deutlich werden, dass wir eine wesentliche Mitverantwortung für die EURO-Krise bei der deutschen Bundesregierung sehen und dass ohne eine grundsätzlich andere Ausrichtung der deutschen (Außen-)Wirtschaftspolitik das freundschaftliche Miteinander von Ländern und Bevölkerungen in Europa stark gefährdet ist.

In Ihrem Brief plädieren sie generell für das Verbot der Neuverschuldung. Auch hier hat unsere Fraktion eine grundsätzlich andere Auffassung. Wir lehnen die Schuldenbremse im Grundgesetz ab und wehren uns massiv dagegen, dass anderen Ländern in Europa die Schuldenbremse nach deutschen Vorbild aufgedrängt wird. Auch zu diesem Thema finden Sie ein Papier in der Anlage.

Zum Thema europäische Transferunion noch eine abschließende Bemerkung: Wie auch bei Sozialtransfers (z.B. Hartz IV) oder beim Länderfinanzausgleich in Deutschland sind Transferzahlungen grundsätzlich für die meisten Fälle nur eine Notlösung. Viel besser wäre es, es gäbe für alle Arbeitssuchenden gute Erwerbsarbeitsplätze und alle Bundesländer hätten (z.B. durch gezielte Strukturpolitik des Bundes) dieselben Chancen zur wirtschaftlichen Entwicklung. Leider ist dies nicht immer gegeben bzw. die regierenden Parteien haben die besseren Alternativen nicht zu erreichen vermocht. In sehr eingeschränktem Maße ist die EU seit jeher eine Transferunion (z.B. über die regionalen Struktur- und Kohäsionsfonds), aber es ist tatsächlich nicht wünschenswert, eine fehlkonstruierte Währungsunion so beizubehalten und die daraus folgenden Schäden dann über Transferzahlungen auszugleichen. In diesem Sinne ist unser Vorschlag einer „Europäischen Ausgleichsunion“ eine Variante, wie wir in Europa die Notwendigkeit einer Transferunion im großen Stile vermeiden können.

Mit freundlichen Grüßen



- Dr. Axel Troost -